Präventionsprogramme haben kaum Zugang zu radikalen Muslimen

6. November 2017

Düsseldorf (KNA) Trotz steigender Etats erreichen von Bund und Ländern geförderte Präventionsprogramme radikale Muslime kaum.

Wie eine Umfrage der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Freitag) zeigt, gibt es bisher nur in 8 von 16 Ländern Programme, die direkt mit radikalen oder für Radikalisierung anfälligen Muslimen arbeiten. Dazu zählen Nordrhein-Westfalen, wo 650 dieser Muslime mit einem entsprechenden Programm erreicht werden konnten, Hamburg mit 285, Niedersachsen mit 220, Hessen mit 141, Bayern mit 130, Berlin mit einer „mittleren zweistelligen“ Zahl, wie der dortige Innensenat mitteilte, Schleswig-Holstein mit einer niedrigen zweistelligen Zahl und Baden-Württemberg, das aber keine Zahlen nennen konnte.

Die übrigen 8 Länder gaben an, dass bei ihnen bislang keine direkte Ansprach an radikale Muslime durch Präventionsprogramme erfolgte. Laut Zeitung steigen die Ausgaben für Islamismus-Prävention. Für den Bundeshaushalt 2018 seien zusätzlich 100 Millionen Euro für ein nationales Präventionsprogramm vorgesehen. Schon in der vergangenen Legislaturperiode war der Gesamtetat für Extremismus-Präventionsprogramme bei Familienministerium und Innenministerium von rund 35 Millionen Euro auf 115 Millionen Euro verdreifacht worden.

(KNA – rllkn-89-00001)

Stand: 23. November 2026